

Herr Oberbürgermeister Ulrich Markurth
Rat der Stadt Braunschweig
Verwaltung der Stadt Braunschweig

Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Braunschweig, 06.06.2021

Verantwortung der Stadt Braunschweig als "Sicherer Hafen" und als Koordinatorin der Niedersächsischen Bündnisstädte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Markurth,
sehr geehrte Damen und Herren im Rat und in der Verwaltung der Stadt Braunschweig,

in der Seebrücke Braunschweig haben sich Bürger*innen zusammengefunden, die dem Sterben von Menschen im Mittelmeer und der menschenunwürdigen Unterbringung von Menschen in Lagern an den Grenzen und innerhalb der EU nicht weiter tatenlos zusehen wollen. Die Lage steht im krassen Gegensatz zu humanitären Werten und im Widerspruch zu den universellen Menschenrechten. Noch immer ertrinken regelmäßig Menschen, die sich auf den Weg machen, um Schutz vor Krieg, Verfolgung, Folter und Tod zu finden. Es sind Menschen wie Sie und wir.

Als Bürger*innen Deutschlands und Europas, die sich immer wieder auf eine Tradition der universellen Menschenrechte beziehen, sehen wir uns und alle politischen Instanzen in der Verantwortung, den Geflüchteten zu ihrem Recht und zu einem Leben in Würde zu verhelfen. Politische und administrative Gründe dürfen kein Hindernis sein, wenn es darum geht, dass Menschen ihr Recht auf Asyl geltend machen können. Lassen Sie uns von der kommunalen Ebene aus gemeinsam daran arbeiten, dass geflüchteten Menschen ihre Rechte und eine menschenwürdige Behandlung nicht weiter vorenthalten werden. Dabei geht es darum, Signale der Solidarität zu senden und den Rahmen des Möglichen voll auszuschöpfen, um Geflüchteten einen Sicheren Hafen zu bieten.

Wir haben uns darüber gefreut, dass sich die Stadt Braunschweig zu einem Sicheren Hafen im Sinne der Potsdamer Erklärung bekannt hat und im letzten Jahr dem Bündnis beigetreten ist. Positiv würdigen wir auch die Übernahme der Koordination der Niedersächsischen Bündnisstädte. Damit solidarisiert sich die Stadt Braunschweig auf dem Papier mit den geflüchteten Menschen im Mittelmeerraum.

Leider haben wir jedoch noch keine Konsequenzen aus dieser Solidarisierung in Taten wahrnehmen können. Im letzten Jahr haben wir uns dreimal mit unserem Anliegen an Sie gewandt. Dies waren zwei Einwohner*innenanfragen und ein Offener Brief. Die Stadt Braunschweig ist aber ihrer Rolle im Bündnis Sicherer Häfen und auch bezogen auf unser Anliegen, der Unterstützung ihrer Bürger*innen, noch immer nicht gerecht geworden.

Deshalb appellieren wir an Ihr Gewissen und erheben folgende Forderungen:

1. Der Rat der Stadt bekräftigt bzw. aktualisiert seine bisherigen politischen Positionierungen
 - a. zur Stadt als Sicherer Hafen,
 - b. für die zusätzliche Aufnahme von Menschen aus europäischen Lagern im Mittelmeerraum, in Ausführung des § 23 AufenthG,
 - c. zur Änderung des § 23 AufenthG (Streichung Einvernehmen BMI).
2. Der Rat der Stadt unterstützt unsere Forderungen gegenüber der Verwaltung.
3. Ratsmitglieder wirken bei den öffentlichen Aktionen der Seebrücke Braunschweig mit und treten auch öffentlich für die Aufnahme von Geflüchteten ein.
4. Die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung lädt die Niedersächsischen Städte Sicherer Häfen noch in den nächsten Wochen zu einem Treffen ein.
5. Die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung entwickelt für Braunschweig passende Programme für die zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen aus dem Mittelmeerraum. Sie bringt sie über die Landesregierung auf den Weg zum Bundesinnenministerium, um dort das Einvernehmen einzuholen.
6. Die zuständige Abteilung der Stadtverwaltung informiert die Seebrücke Braunschweig über die Schritte bei der Koordination der Niedersächsischen Bündnisstädte.

Nach unseren Informationen ist ein Treffen der Niedersächsischen Bündnisstädte Sicherer Häfen erst im September vorgesehen. U. a., weil es Ihnen, Herr Markurth, dann erst möglich sein soll teilnehmen zu können. Wir finden es befremdlich, einen so bedeutsamen Termin so offensichtlich allen anderen Themen unterzuordnen. Im September sind Kommunalwahlen. Es ist zu befürchten, dass dem Thema auch im Nachgang der Wahl nicht die ihm zukommende hohe Priorität eingeräumt wird. Die Zeit drängt. Deshalb ist kurzfristiges Handeln dringend erforderlich. Sonst bleiben sämtliche Solidaritätsbekundungen bloße Lippenbekenntnisse mit tragischen Folgen.

Wir sind sehr an einem Austausch mit Ihnen, Herr Oberbürgermeister, und mit dem Rat der Stadt bzw. einzelnen Ratsmitgliedern und den Mitarbeiter*innen der zuständigen Abteilung der Stadtverwaltung der Stadt Braunschweig interessiert. Laut Information der Stadtverwaltung an den Ausschuss für Integrationsfragen vom 13.01.2021 wollte die zuständige Abteilung Anfang 2021 Gespräche mit der Seebrücke Niedersachsen und Braunschweig aufnehmen. Mit der Seebrücke Niedersachsen ist dies bereits erfolgt. Eine Kontaktaufnahme mit uns ist jedoch noch nicht erfolgt. Wir hoffen und erwarten, dass sich dies noch ändert.

Bleiben Sie in sicheren Lebensbedingungen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Akteur*innen der Seebrücke Braunschweig